

# England und die Abrüstung

Von H. N. Brailsford, London.

London, Ende Oktober 1932.

Der letzten erfolgte Vorstoß der französischen Regierung in der Abrüstungsfrage macht die nachstehenden Ausführungen besonders aktuell.

Während die Abrüstungskonferenz tagt, liegt ein Nebel über den Hauptstädten der Welt. Ganz besonders grau und undurchsichtig liegt dieser Nebel über London. Was sind die wirklichen Absichten der britischen Regierung? Was denkt sie über die Abrüstung und insbesondere über die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung? Wenn ich versuche, eine Erklärung zu geben, dann muß ich gleich anfangs feststellen, daß ich als ein Beobachter aus der Entfernung schreibe.

Das Band zwischen Ramsay MacDonald und seinen früheren Genossen ist zerschnitten. Seit er ein Nationalheld geworden ist, stehen seine Charakterzüge, seine Unklarheit, seine Zweideutigkeit, seine Unentschlossenheit und sein Zaubern immer mehr hervor. In seine Gedankengänge kann niemand eindringen, doch zweifle ich, ob er überhaupt einen klaren Plan hat, ob er die Gefahren irgendeines entscheidenden Schrittes auf sich nehmen will.

Die Arbeiterregierung hatte, bevor sie fiel, ein recht fortschrittliches Programm für Genf vorbereitet. Im Juni 1931 hatte sie hierfür die Zustimmung der beiden anderen Parteien erlangt. Das Programm enthielt die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, sowohl durch ausgiebige, zahlenmäßige Rüstungsherabsetzungen, als auch durch den Verzicht auf einige, wenn auch nicht alle sogenannten „Angriffswaffen“. (Die Umgrenzung des Begriffs der Angriffswaffen stammt aus dem Versailler Vertrag.) Nach dem Plan der Arbeiterregierung wäre die Abrüstung etappenweise in Abständen von fünf zu fünf Jahren vor sich gegangen. Die Ankunft der Nationalregierung änderte die Machtverhältnisse der britischen Politik. Derselbe Mann sah an seinem Schreibtisch im Ministerpräsidentium in Downing-Street, doch stand er jetzt unter dem politischen Druck der entgegengesetzten Seite. Sir John Simon, der neue Außenminister, ist ein guter Jurist, aber er hat sich nie mit internationalen Angelegenheiten beschäftigt. Wie ein geschulter Rechtsanwalt nahm er sein Aktenmaterial für Genf willig und kritiklos von seinen Auftraggebern, dem Ausschuss für Reichsverteidigung, entgegen. Dieser Ausschuss besteht zum Teil aus Generalen und Admiralen, zum Teil aus Ministern. Er sorgt für gleichmäßige Fortführung der Politik der herrschenden Klasse und wirkt als ein Hemmschuh auf die demokratische öffentliche Meinung. So wurde der Plan der Arbeiterregierung revidiert, bis er nichts anderes war als eine nüchterne Aufzählung der militärischen Bedürfnisse des britischen Weltreiches, gesehen durch die Augen britischer Militärschleute.

Dieses Rüstungsprogramm vertreten Sir John Simon und die Regierung mit bemerkenswertem Starrsinn. Sie haben es zwar neu formuliert, um dem technischen Aufbau des Hoover'schen Planes entgegenzukommen; aber im Wesen ist ihr Programm daselbe geblieben. Zusammengehen mit Amerika war einer der ersten Grundzüge von MacDonalds Außenpolitik, wie er sie zur Zeit seines vernünftigen Besuchs in Washington im Jahre 1929 der Welt bewies. Die heute im Ministerium regierende Reaktion hat andere Ansichten. Weder hinsichtlich der Mandatschüre, noch hinsichtlich der Abrüstung zeigt Downing-Street viel Rücksicht auf die amerikanische öffentliche Meinung. Eine gefährliche Haltung, deren Folgen sich vielleicht zeigen werden, wenn Amerika die Frage der europäischen Kriegsschulden behandelt.

Die Rechnungen der britischen Admirale, die von der Regierung akzeptiert wurden, beruhen auf dem Grundgedanken der Erhaltung der britischen Kontrolle über die großen Wasserstraßen der Welt. Natürlich wird dies vom Standpunkt der Verteidigungsnotwendigkeiten begründet: wir müssen unseren Handel und unsere Nahrungsmittelzufuhr vor U-Booten und Unterseebooten schützen. Aber offenkundig würde die Ausrüstung, mit der wir die Meere unseren eigenen Zwecken sichern, ebensogut dazu dienen, dem Gegner die Meere zu verweigern. Die Blockade ist also eine doppelte: die Blockade selbst zu vermeiden und sie gegebenenfalls anderen zuzufügen. Von diesem Standpunkt aus kommt es auf Vorrang weniger an, als auf Anzahl der Einheiten. Die Seekräften haben eine bestimmte Länge von Meilen und brauchen eine bestimmte Anzahl von Kreuzern zu ihrer Bewachung. Deswegen, sagen die Admirale, gibt es eine absolute Untergrenze der Abrüstung. Präsident Hoover mag die Flotten um ein Drittel herabsetzen; er kann die Oberflächliche unserer Planeten nicht im selben Verhältnis einschrumpfen lassen. Daher will die britische Regierung die Hoover-Vorschläge in ihrer ursprünglichen Form nicht annehmen; sie will weder die Anzahl der Schlachtschiffe, noch die der Kreuzer vermindern. Hingegen ist sie bereit, den Tonnengehalt und die Ausrüstung beider Schiffsklassen herabzusetzen, wenn sie auch noch immer auf dem Standpunkt steht, daß sie fünfzehn Schlachtschiffe von mehr als dreihunderttausend Tonnern braucht. Dies leuchtet ein, aber nur so lange, bis man überlegt, daß diese Herabsetzung des Tonnengehalts erst nach fünf Jahren beakteten können — erst dann sind nämlich nach dem Londoner Abkommen Entschungen von alten Schiffen durch neue gestattet — und daß selbst dann Entschungen nur sehr langsam vor sich gehen könnten.

Bemerkenswert ist, daß alle diese Rechnungen auf die Voraussetzung voller Weltanarchie beruhen. Man tut so, als gäbe es keinen Völkerbund, der das juristische Recht der Blockade zu beaufichtigen hat. Es wird angenommen, daß jede Macht sich selbst ohne fremde Hilfe schlücken muß und daß jeder das Recht hat, mit der übrigen Menschheit nach Gutdünken zu schalten. Das sind die bösen Folgen der Ablehnung eines Vorschlags des Präsidenten Wilson durch die Siegerstaaten, nach welchen der Völkerbund zum Wächter der Freiheit der Meere geworden wäre. Das sind weiter die Folgen davon, daß der Völkerbund in den zwölf Jahren seines Lebens keinerlei gemeinschaftliche Sicherungsorganisation geschaffen hat. Es gibt aus diesem Engpaß keinen Ausweg, solange nicht England und der Völkerbund der Frage der Blockade der Meeresfreiheit offen ins Auge sehen.

Im übrigen würde die britische Regierung der Abschaffung der Unterseeboote begeistert zustimmen; denn diese sind ja eine französische Spezialität. Sie würde auf Riesentanks verzichten; aber mittelgroße Tanks braucht sie für Reichszwecke in Indien. Sie würde die gewöhnlichen Abmachungen gegen Beschleppung von Zivilpersonen aus der Luft in formellen Kriegszustand unterzeichnen, aber sie wird dieses Recht zur Verwendung gegen die eigenen Untertanen in Asien nicht aufgeben. Da die Regierung keine Absicht hatte, selbst auf alle Waffen zu verzichten, die man den Deutschen in Versailles verboten hatte, bestand noch vor einigen Monaten die Gemeinheit, den Deutschen als Formsache eine gewisse mäßige Wiederaufrüstung zu gestatten. Doch ist diese Absicht jetzt schwankend geworden. Denn die Entwicklung der Dinge in

Deutschland war nicht ermutigend. Auch ist französischer Druck angewendet worden. Schließlich ist in der letzten Zeit auch in England die öffentliche Stimmung für ein gewisses Maß von ehrlicher Abrüstung bis zu den in Versailles festgesetzten Grenzen in bemerkenswerter Weise gemessen.

Ein ausführliches und detailliertes Memorandum in dieser Richtung wurde von Hunderten von angesehenen Leuten aller Berufsrichtungen, darunter den Führern der Kirchen, unterzeichnet und dem Ministerpräsidenten vorgelegt. Darin wurde die Aufgabe aller Kriegsschiffe über zehntausend Tonnern verlangt. Diesen Wünschen darf der Ministerpräsident nicht nachgeben, da ihn die stetige konservative Partei genauestens bewacht. Aber ebensowenig werden ihm die Konservativen erlauben, den französischen Einflüssen nachzugeben und für die europäische Sicherheit die Mitverantwortung zu übernehmen. Denn die Konservativen sind gegen jede Art von internationaler Organisation; sie interessieren sich nur für das britische Weltreich. Doch wenn vor einiger Zeit die britische Regierung aus dieser Interesslosigkeit heraus bereit gewesen wäre, ihr formelles Einverständnis zu einer Wiederaufrüstung Deutschlands zu geben, so hat inzwischen die Entwicklung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland gezeigt, daß dies gefährlich wäre. Daher wird die britische Regierung von „Gleichheit“ reden und damit das gegenwärtige Gleichgewicht der Machtverhältnisse meinen.

# Der Hungermarsch vor dem Unterhaus

WLB London, 1. November.

Eine Deputation der nach London gekommenen Arbeitslosen versuchte heute, die Petition mit einer Million Unterschriften dem Unterhause vorzulegen. Die Polizei hatte weitreichende Vorkehrungen getroffen, rund um das Unterhaus eine Sperre gezogen und die dort angesammelte Menschenmenge mit Leichtsinn zerstreut.

In verschiedenen Stadtteilen hatten die Arbeitslosen Versammlungen, bei denen sich kleinere Zwischenfälle ereigneten. In einer Versammlung wurden zwei Journalisten, die eben im Begriff waren, ihre Berichte durchzutelephonieren, für Spitzel gehalten und von der Menge bedroht. Die Polizei mußte ihnen zu Hilfe kommen. Gegen Mitternacht wurde der Platz vor dem Parlament von Demonstranten und Neugierigen gesäubert. Dabei mußte die Polizei mehrfach vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Im allgemeinen ist die Aktion jedoch ruhig verlaufen. In einer Stelle wurden Angriffe gegen Straßenbahnwagen versucht, deren Schilder abgerissen wurden. Es bestand auch die Absicht, die Wagen umzuwerfen.

WLB London, 2. November.

Bei den gestrigen Arbeitslosendemonstrationen in der Nähe des Parlamentsgebäudes wurden insgesamt 50 Demonstranten festgenommen. Einige an der Demonstration Beteiligte wurden leicht verletzt.

# Das Rechen-Exempel



„Wer das richtig zusammengählen kann, der ist ein besonders geschickter Junge!“



„Bravo, mein Junge, du hast begriffen, was bei dieser Wahl jeder wissen muß!“

# „Das muß ein Irrtum sein“

## Der Kanzler in den Fußstapfen Wilhelms

SPD. Einer, der Herrn v. Papen kennt, schreibt uns:

Am Tage der Amtseinführung der preussischen Minister erhob Herr v. Papen in einer Rundfunkrede gegen die preussischen Minister den Vorwurf der „Pflichtverletzung“ gegenüber dem Reich. Nachdem ihn der Staatsgerichtshof befehlet hat, daß davon keine Rede sein könne, hat er sich am Sonnabend während der Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten im Hause des Reichspräsidenten zu der Feststellung bequemen müssen, er habe die Integrität des Ministerpräsidenten Otto Braun und seiner Ministerkollegen nie angezweifelt. Die Zwangshörer, die am 20. Juli die Rede des Herrn Reichskanzlers verdauen mußten, werden anderer Meinung sein. Wenn die Grundzüge, die Herr von Papen zu predigen sich milde wird, in der Praxis Anwendung finden, dann hätte er spätestens am Abend des Tages der Urteilsfällung des Staatsgerichtshofes öffentlich erklären müssen, daß zum mindesten dieser Teil seiner Anklagerede im Rundfunk falsch war und daher nicht aufrechtzuerhalten wäre.

Aber Herr v. Papen hat schließlich einen Milderungsgrund; er war den größten Teil dieses Tages nicht in Berlin, weil er irgendwo bei Verwandten dem edlen Maidwerk oblag. Das erinnert ein wenig an das Verhalten Wilhelms II. während der „Daily Telegraph“-Affäre im Jahre 1906. Während damals Deutschland infolge der vorliegenden Reden Wilhelms in seinen Grundfesten bebte, amüsierte sich der hohe Herr in Donauwellingen bei allerlei mect-würdigen Vergnügungen. Auch Herr v. Papen vergißt über das Regieren das Amüsierte nicht. Er ist ein fleißiger Besucher von Kuppeln und Theaterpremierer. Dieser Drang nach Betätigung gesellschaftlicher Talente hat ihn vor Monaten wohl auch veranlaßt, alle Habel zur Erlangung des Münchner Gesandtenpostens in Bewegung zu setzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten seine konservativen Grundzüge einmütig werden. In München ist zweifellos reichlich Gelegenheit, neben der Erledigung politischer Aufgaben auch auf dem gesellschaftlichen Parkett zu glänzen. Die von der früheren Reichsregierung und dem jetzigen rechtmäßigen preussischen Kabinett aufgehobene Münchener Gesandtschaft hat Herr von Papen inzwischen wieder errichtet und sie einweilen mit seinem Freunde Freihorn von Verdner besetzt. Höre Jungen behaupten, in Wirklichkeit hätte Herr von Papen sich hier einen Zufluchtsort für den Fall schaffen wollen, daß seine gloriereichen Regierungszeiten bald zu Ende sind. Indes gelingt es seiner Fingerfertigkeit vielleicht, für bessere Stimmung zu sorgen, denn er hat sich schon einmal als Reklamechef für sich selber betätigt. Aus Paris wird uns nämlich geschrieben, daß Herr von Papen sich am Tage seiner Ernennung zum

Reichskanzler telephonisch mit dem bekannten französischen Außenpolitiker Graf d'Ormesson in Verbindung gesetzt habe, mit dem er schon in bestimmten Zirkeln deutsch-französische Verständigungspolitik auf seine Art getrieben hat. Der Graf selbst war nicht anwesend, Papen gelang es nur, sich mit der Tochter des Grafen telephonisch zu verständigen. Er machte ihr Mitteilung von seiner Ernennung und hat sie, Papa diese Mitteilung mit der Bitte weiterzugeben, dafür zu sorgen, daß die französische Presse den deutsch-französischen Verständigungsfreund Papen nicht falsch beurteile. Als die junge Dame ihrem Vater später von diesem Telephongespräch Mitteilung machte, antwortete Graf d'Ormesson: Herr von Papen Reichskanzler, das muß ein Irrtum sein. Dem Grafen ging es so wie uns. Wir haben es zunächst auch für einen Irrtum gehalten und sind auch heute noch der Meinung, daß der Entschluß des Reichspräsidenten, in die Hände dieses Mannes die Leitung der deutschen Politik zu legen, ein schwerer Irrtum war.

## Neue Verordnungen in Preußen

SPD Berlin, 2. November.

Im Laufe des heutigen Tages sollen zwei neue preussische Verordnungen ergehen, die für die Ordnung der kommunalen Finanzen besondere Bedeutung haben. Wie verlautet, will man unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungs-gedankens verhindern, daß die Aufstellung „gesunder“ kommunaler Etats durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vereitelt wird.

Diese zarte Andeutung sagt deutlich genug, daß wieder einmal auf Kosten der breiten Massen gespart werden soll.

## Sitzung des Preußenkabinetts

SPD Das preussische Staatsministerium tritt am Mittwochvormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Braun zusammen, um sich u. a. mit den letzten Verfügungen des Reichskommissars gegen Preußen zu beschäftigen. Voraussichtlich wird die Regierung Braun, ehe sie bestimmte Schritte gegen die Verletzung preussischer Hoheitsrechte durch die Papen-Barone unternimmt, zunächst den Verlauf der bevorstehenden Tagung des Verfassungsausschusses des Reichsrats abwarten. Die Sitzung ist vertraulich. Aber es kann schon jetzt kein Zweifel darüber bestehen, daß insbesondere die süddeutschen Landesregierungen gegen die letzten Papen-Verfügungen protestieren und sich mit der rechtmäßigen preussischen Regierung solidarisch erklären werden.

# Junker und Hitler heißt Sklaverei Die Freiheit siegt mit Liste

# 2